



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

Dezember 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

eine historische Sitzungswoche ist zu Ende gegangen. Zum sechsten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Das Ergebnis war eindeutig: mit 394 Nein-Stimmen, 116 Enthaltungen und 207 Ja-Stimmen hat die Mehrheit der Abgeordneten dem Bundeskanzler das Vertrauen entzogen. Am 23. Februar 2025 wird nun ein neuer Bundestag gewählt. Die Debatte zur Vertrauensfrage hat einen Vorgeschmack darauf geliefert, was uns im Wahlkampf erwartet.

Nach der Vorstellung der Wahlprogramme zeigen sich die Unterschiede der Parteien so deutlich wie lange nicht mehr. Das finde ich positiv, denn so können sich die Wählerinnen und Wähler für die verschiedenen Konzepte entscheiden. Ich hoffe sehr, dass die Tonalität bei allem politisch Trennenden fair und respektvoll sein wird. Persönliche Diffamierungen haben hier nichts zu suchen. Denn schließlich haben wir als Politiker immer auch eine Vorbildfunktion. Trotz Wahlkampfstart und Vertrauensfrage geht die Arbeit im Bundestag mit wichtigen und konsensfähigen Vorhaben weiter. Alles weitere dazu finden Sie auf den folgenden

Seiten.

Ihr

Alexander Föhr



MdB Alexander Föhr



Frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr

Die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr ist zu Ende und ich freue mich auf ein paar ruhige und besinnliche Tage gemeinsam mit meiner Familie. Wenn ich auf dieses Jahr zurückblicke, kann ich persönlich eine positive Bilanz ziehen. Meiner Familie geht es gut, wir sind alle gesund. Auch meine Arbeit im Bundestag macht mir sehr viel Spaß. Oft genug habe ich hier die Arbeit der Ampel kritisiert, deswegen ist es keine Überraschung, dass ich über das Ende dieser Regierung erleichtert bin.

Insofern blicke ich optimistisch ins neue Jahr. Zweifelsohne stehen wir vor vielen Herausforderungen, aber wir brauchen wieder den positiven Blick nach vorn. Unser Land ist so viel besser, als es dargestellt wird und die hier lebenden Menschen können so viel mehr. Es wird Zeit, dass wir alle gemeinsam anpacken und die Fesseln lösen, um Deutschland wieder voranzubringen.

Weihnachten ist die Zeit, um innezuhalten und Zeit mit unseren Liebsten zu teilen. Nutzen Sie die Tage, um sich zu erholen und Kraft für alle anstehenden Herausforderungen zu tanken. Ich wünsche Ihnen allen ein friedvolles Weihnachtsfest, gesegnete Feiertage und alles erdenklich Gute, Gesundheit und Erfolg für das kommende Jahr 2025.

Foto: Deutscher Bundestag / Sebastian Egger



Die Ära Scholz ist Geschichte

Bundestag entzieht Kanzler das Vertrauen

394 – als diese Zahl am Montag von Bärbel Bas verlesen wurde war klar, dass die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages Olaf Scholz das Vertrauen entzogen hat. Die Sitzungswoche begann mit einem historischen Akt. Zum 6. Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde von § 68 des Grundgesetzes Gebrauch gemacht: der Vertrauensfrage.

Die Ampel-Regierung ist am 6. November dieses Jahres gescheitert. Seitdem ist eine Rot-Grüne Minderheitsregierung im Amt, die über keine eigene parlamentarische Mehrheit und keinen Bundeshaushalt für 2025 verfügt. Auf massiven Druck der Unionsfraktion und der bundesdeutschen Öffentlichkeit ist Kanzler Scholz von seinem ursprünglichen Plan abgewichen, die Vertrauensfrage erst Mitte Januar 2025 zu stellen. Sein Plan, möglichst lange aus dem Kanzleramt heraus Wahlkampf zu führen, ist nicht aufgegangen. Das Betragen von Scholz – dies hat die Erklärung des Kanzlers vor der montägigen Abstimmung erneut gezeigt – ist dem Amt des Regierungschefs der Bundesrepublik nicht würdig. Olaf Scholz beschädigt und missbraucht dieses Amt für den Wahlkampf. Das macht mich fassungslos und umso entschlossener, liebe Leserinnen und Leser.



MdB Alexander Föhr

Unwahrheiten, Angst und Sozialromantik. So lässt sich der Wortbeitrag von Scholz zusammenfassen. Kein Wort der Demut, kein Wort der Selbstkritik. Die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes? Haben alles die äußeren Umstände und Vorgängerregierungen zu verantworten. Dass die SPD seit 1998 mit einer Ausnahme regiert? Scheint entfallen. Stattdessen wird behauptet die Union wolle die Rente kürzen – eine Lüge. Seine Ampel sei insbesondere aufgrund der FDP zerbrochen – eine weitere Lüge. Der Kanzler selbst hat es nicht vollbracht seine Regierung nach zwei grundlegend bedeutenden Ereignissen einer Neuausrichtung zu unterziehen. Das Fundament des gemeinsamen Regierens, der Koalitionsvertrag, war sowohl nach dem Ausbrechen des Ukraine-Krieges sowie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die verfassungswidrige Haushaltsführung ein überholtes Dokument. Die mangelnde Führungsstärke zur Neuausrichtung und zur politischen-haushälterischen Priorisierung sind die Verantwortung von Scholz.

Friedrich Merz hat im Anschluss den Finger in die Wunde gelegt: die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, unter der der Wirtschaftsstandort Deutschland derzeit leidet, wurde von Scholz kein einziges Mal thematisiert. Die SPD kümmert sich nicht um das Erwirtschaften des Wohlstands. Die SPD hat vor sich lediglich um das Verteilen des Wohlstands zu kümmern. Wie das gehen soll? Mehr Schulden. Deutschland befindet sich im zweiten Jahr hintereinander in einer Rezession. Das gab es erst einmal zuvor in der bundesdeutschen Geschichte. Die Lage ist besorgniserregend. Es ist mir unbegreiflich, liebe Leserinnen und Leser, wie man aktuell Verantwortung tragen kann und nicht alles daran setzt den Motor Deutschlands wieder in Schwung zu setzen. Als Union haben wir hier klare Vorstellungen: Wir brauchen niedrigere Strompreise, niedrigere Unternehmenssteuern, weniger Vorschriften für unsere Wirtschaft und eine Agenda der Fleißigen, damit sich die geleisteten Arbeitsstunden in Deutschland wieder erhöhen und sich dies im Portemonnaie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unseres Landes auch bemerkbar macht. Den vollständigen Redebeitrag in der Aussprache zur Vertrauensfrage unseres Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl, Friedrich Merz MdB, sehen Sie [hier](#).

Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Köhler



Schutz unserer Institutionen

Gemeinsame Gesetzesentwürfe verabschiedet

In unserem Grundgesetz ist die sogenannten Verfassungsgerichtsbarkeit festgeschrieben. Diese zentrale Weichenstellung lässt sich an den – auch im internationalen Vergleich – weitreichenden Entscheidungsbefugnissen ablesen, die das Grundgesetz dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zuweist. In den vergangenen 75 Jahren hat sich unser höchstes Gericht als Garant der freiheitlich-demokratischen Ordnung fest etabliert.

Am Donnerstagvormittag haben wir zwei Gesetzesentwürfe zur Stärkung des Gerichts verabschiedet. Sie betreffen u.a. den Status als Verfassungsorgan, den Schutz der Grundstruktur des Gerichts, also die Gliederung in zwei Senate und die Zahl der Richter, die Amtszeit und die Altersgrenze der Bundesverfassungsrichter. Auch haben wir jetzt grundgesetzlich festgelegt, dass eine Wiederwahl von Bundesverfassungsrichtern ausgeschlossen und die Fortführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit bis zur Wahl eines Nachfolgers gesichert ist.

Unserer Fraktion war wichtig, dass wir die Resilienz des Verfassungsgerichts stärken, dessen Status und Befugnisse aber unangetastet lassen. Dem wird der mit den Ampel-Fraktionen gefundene Kompromiss gerecht. Es werden lediglich Regelungen, die aktuell bereits gelten, verfassungsrechtlich gesichert. Inhaltlich ändert sich nichts, aber die Vorgaben sind zukünftig nur noch mittels verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat änderbar. Die Debatte können sie [hier](#) nachvollziehen.



Politikwechsel für Deutschland

Unser Wahlprogramm für eine bessere Zukunft

Unser Land steht vor großen Herausforderungen: Die Wirtschaft stagniert, die innere Sicherheit ist bedroht, und viele Menschen verlieren zunehmend das Vertrauen in den Staat. Doch wir sind überzeugt: **Deutschland kann es besser**. Es braucht einen Politikwechsel, der unser Land wieder stärkt, und diesen Politikwechsel werden wir verantwortungsvoll gestalten. Am Dienstag haben wir dafür unser gemeinsames [Wahlprogramm](#) vorgestellt. Für eine bessere Zukunft Deutschlands.

Die Ursachen für die wirtschaftliche Misere liegen einerseits in hausgemachten Fehlern der Ampel, andererseits in strukturellen Problemen, auf die die Regierung Scholz keine Antworten gefunden hat. Lassen Sie uns daher gerade inmitten des Wahlkampfs einen nüchternen Blick auf das Wesentliche werfen: **Geht es Ihnen und unserem Land heute besser als vor drei Jahren?** Die Antwort darauf ist so ernüchternd wie die Bilanz der grünen Wirtschaftspolitik. Erst zum zweiten Mal in unserer Nachkriegsgeschichte erleben wir in aufeinanderfolgenden Jahren eine Rezession – und die wirtschaftlichen Aussichten für die Zukunft werden immer düsterer. Von den massiven Subventionen, mit denen der Wirtschaftsminister „Transformation“ und „Wirtschaftswunder“ schaffen wollte, hat sich nichts ausgezahlt. Die Namen Intel, Northvolt und Wolfspeed stehen jetzt für den milliardenschweren misslungenen Versuch ideologischer Wirtschaftslenkung. Hinzu kommt die bekannte grüne Regulierungswut – vom Heizungsgesetz bis zur ausufernden Bürokratie für unsere Betriebe.

Diese Politik hat Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa und der OECD gemacht. Für uns als Union ist daher völlig klar: **Wir brauchen eine Rückkehr auf den Wachstumspfad!** Dafür brauchen wir einen mutigen Politikwechsel in der Wirtschaftspolitik und kein stures "Weiter so!". Wir müssen die strukturellen Ursachen der wirtschaftlichen Krise wirksam



MdB Alexander Föhr

bekämpfen, anstatt mit immer mehr Subventionen die Schwächen unserer Wirtschaft verstecken zu wollen und Innovationen durch immer mehr Regulierungen einzuschränken.

Denn der dramatische Kapitalabfluss und die Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen ins Ausland senden ein eindeutiges Signal: Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig! Dieses grundlegende Problem lässt sich nicht durch Subventionsprämien für handverlesene Großunternehmen beheben. **Der Standort muss von Grund auf wieder attraktiv werden.** Das bedeutet: Unsere im internationalen Vergleich hohen Steuern und Abgaben müssen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken und wir brauchen eine grundlegend neue Entschlossenheit beim Bürokratieabbau. Nur so haben unsere Unternehmen wieder eine faire Chance gegen die wachsende internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Leistungsbereitschaft bedeutet für uns, Mehrarbeit zu belohnen und nicht zu bestrafen. **Wir brauchen eine Rückkehr zum bewährten Prinzip "Fördern und Fordern" in der Sozialpolitik.** Das sogenannte Bürgergeld, dessen Volumen auf 50 Milliarden Euro angewachsen ist und von dem selbst die SPD nicht mehr offen sprechen möchte, werden wir abschaffen. Überstunden werden mit uns steuerfrei, und über die Aktivrente belohnen wir auch Arbeit im Alter – für alle, die mehr arbeiten möchten. Bis zu 2.000 Euro können so steuerfrei hinzuverdient werden. Lassen Sie sich von der Kampagne der SPD nicht beirren: Wir stehen zum aktuellen Renteneintrittsalter mit 67. Rentenkürzungen wird es mit uns nicht geben! Denn wir haben Respekt vor Lebensleistung und täglicher Arbeit.

Freiheit gibt es nur mit Sicherheit. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land – das können und werden wir so nicht länger hinnehmen. Deshalb liegt ein weiterer Schwerpunkt des Wahlprogramms auf der Inneren Sicherheit. Deutschland ist ein weltoffenes Land. Freiheit und Sicherheit gibt es jedoch nur, wenn sich alle an die Regeln halten. Insbesondere Menschen, die wir in unserem Land willkommen heißen. Wer Straftaten begeht, hat hier auf Dauer kein Bleiberecht. Wir erwarten das Bekenntnis zu unserem Land. Der Anspruch von CDU und CSU: **Wir werden Recht und Ordnung wieder durchsetzen.** Dazu planen wir gezielte Maßnahmen wie die Einführung elektronischer Fußfesseln für Gewalttäter, Videokameras an Kriminalitätsbrennpunkten und die verpflichtende Speicherung von IP-Adressen, um das organisierte Verbrechen im Internet, insbesondere bei Kinderpornografie, wirksam zu bekämpfen. **Es darf keine No-Go-Areas mehr geben.**

Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die Stabilität und Aufbruch vereint. Nach drei Jahren Opposition sind wir als Union bereit, wieder Verantwortung zu übernehmen. Mit unserem einstimmig beschlossenen Programm zeigen wir neue Geschlossenheit und einen klaren wirtschaftspolitischen Kurs für Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Nur so bringen wir Deutschland wieder nach vorne!



MdB Alexander Föhr



Termine im Wahlkreis

Das war sie – die zweite Jahreshälfte. Die letzte Sitzungswoche des Jahres 2024 ist vorüber und die Festtage stehen vor der Tür.

Für mich stehen noch wenige Termine an, bevor ich mich ebenfalls in die Weihnachtspause verabschiede. Diesen Freitag steht das erste digitale Treffen in großer Runde zu meiner Kampagne zur Wiederwahl in den Deutschen Bundestag 2025 an. Darauf freue ich mich schon – auf das Wiedersehen und die vielen neuen Ideen. Am Wochenende folge ich der Einladung des Liederkranz Altenbach, spätestens hier kommt Weihnachtsstimmung auf.

Ab dem 4. Advent steht das Weihnachtsfest und die Familie im Vordergrund. Ich freue mich auf ein paar ruhige Tage und die gemeinsame Zeit mit meinen Kindern, meiner Frau und allen weiteren Familienmitgliedern.

Liebe Leserinnen und Leser, herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit, die Sie diesem Newsletter schenken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2025.

Anbei eine kurze Auswahl der ersten größeren Veranstaltungen im Jahr 2025: 8. Januar um 10 Uhr: **Thorsten Frei** MdB in Weinheim; 14. Januar um 20 Uhr: Landesinnenminister **Thomas Strobl** in Heddesheim; 16. Januar um 19 Uhr: **Wolfgang Bosbach** in Heidelberg-Kirchheim; 21. Januar um 19 Uhr: **Dr. Norbert Röttgen** in Schriesheim; 22. Januar um 15 Uhr: Landesagrarminister **Peter Hauck** in Edingen-Neckarhausen; 23. Januar um 19 Uhr: **Alexander Throm** in Hemsbach und am 25. Januar um 14 Uhr ist **Jens Spahn** zu Gast in Weinheim. Weitere Termine folgen.

Sprechen Sie mich gern während meiner Termine im ganzen Wahlkreis an oder schreiben Sie mir unter alexander.foehr.wk@bundestag.de. Den nächsten Newsletter erhalten Sie am Freitag, den 31. Januar 2025.

Es grüßt Sie herzlich – Ihr Alexander Föhr.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080